

21.01.2025

Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag

Gremium	Termin	Zuständigkeit	Status
Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit	28.01.2025	Beratung	öffentlich

Tagesordnungspunkt

Bezahlkarte für Geflüchtete

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bitten unter dem oben genannten Punkt um die Beratung und Abstimmung des folgenden Antrags:

Der Rat der Stadt Dortmund lehnt die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ab. Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherige Praxis der Leistungsauszahlung beizubehalten und von der sog. „Opt-Out-Regelung“ Gebrauch zu machen.

Begründung:

Am 18. Dezember 2024 hat der Landtag NRW die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Einführung der sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete beschlossen. Die Bezahlkarte soll Verwaltungsvereinfachungen bringen und Mittelabflüsse von den Leistungsberechtigten ins Nicht-EU-Ausland entgegenwirken. Gerade der zweite Punkt wird immer wieder herangezogen, um eine vermeintliche abschreckende Wirkung zu konstruieren.

Die von der Ministerpräsidenten*innenkonferenz erhofften Effekte zur Begrenzung von Migration oder Reduktion vermeintlicher Pull-Faktoren kann die Bezahlkarte allerdings kaum erfüllen. Laut Aussage des Bundesfinanzministeriums aus dem letzten Jahr liegen keine Daten zu entsprechenden Überweisungen vor. Expert*innen, wie zum Beispiel das Kieler Institut für Weltwirtschaft, gehen stattdessen schon wegen der Höhe der Leistungssätze davon aus, dass der Umfang eventueller Transfers gering ausfällt und bezweifeln, dass diese tatsächlich einen wesentlichen Anreiz für Migration darstellen.

Mit der Opt-Out-Regelung können Kommunen entscheiden, die Bezahlkarte bei sich nicht einzuführen. So ist sichergestellt, dass Kommunen die Möglichkeit haben, an bürokratieärmeren und integrationsfördernden Girokontenmodellen festzuhalten. Keine Bezahlkarte kann besser sein als ein Girokonto. Und auch in Dortmund gibt es bereits funktionierende Abläufe, bei denen die Geflüchteten ihre Leistungen über reguläre Bankkonten erhalten. Bisher gab es von der Verwaltung keine Hinweise

darauf, dass es an dieser Stelle Probleme gibt. Eine Bezahlkarte würde stattdessen nicht zu einer Entlastung der Verwaltungsabläufe führen, sondern durch Doppelstrukturen bürokratischen Mehraufwand erzeugen und zeitliche sowie personelle Ressourcen der Mitarbeitenden binden.

Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsinitiativen Gewerkschaften und Kirchen kritisieren darüber hinaus eine diskriminierende und integrationshemmende Wirkung durch die Stigmatisierung geflüchteter Menschen und die Bevormundung ihrer Lebensführung. Durch die vorgesehene Bezahlkarte werden das Ankommen und die Integration erschwert.

Bereits in seiner Sitzung am 22.02.2024 hat der Rat mit Mehrheit auf Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD festgestellt, dass er keine Notwendigkeit für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete sieht. Der jetzige Antrag dient dazu, auf der Grundlage der inzwischen gesetzlich beschlossenen Regelungen den notwendigen konkreten Opt-out-Beschluss zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Jenny Brunner

F.d.R.



Stefan Neuhaus

SPD-Fraktion

gez. Daniela Worth

F.d.R.



Carmen Stahl